

Einleitung 2007

Kant und die politische Philosophie der Gegenwart

1. Der Tod der politischen Philosophie	13
2. Wiederauferstehung der politischen Philosophie in der Gegenwart	19
3. <i>Contractus originarius</i> und zeitgenössischer Kontraktualismus	24
4. Das Recht und das Gute	42
5. Freiheitsrecht und Sozialstaat	50
6. Kantisch-liberale Sozialstaatsbegründung	57
7. Globaler Rechtsfrieden, humanitäre Intervention und <i>hostis iniustus</i>	59

1. Der Tod der politischen Philosophie

Mit den folgenden Worten hat Peter Laslett 1956 den ersten Band der berühmten Reihe *Philosophy, Politics and Society* eingeleitet: »It is one of the assumptions of intellectual life ... that there should be amongst us men whom we think of as political philosophers. ... For three hundred years of our history there have been such men ... Today, it would seem, we have them no longer. The tradition has been broken and our assumption is misplaced, unless it is looked on as a belief in the possibility that the tradition is about to be resumed. For the moment, anyway, political philosophy is dead«. ¹ Die Überzeugung, daß Lasletts traurige Diagnose zutrifft, war in den fünfziger, sechziger Jahren weit verbreitet. Der Satz vom Tod der politischen Philosophie wurde zum meistzitierten Satz des ganzen Buches. »Political theory is dead« hieß es bei Dahl in den *Readings in Modern Political Analysis*²; und Judith Shklar schrieb in *After Utopia. The Decline of Political Faith*: »To think of politics in broad terms has come to seem futile ... The urge to construct grand designs is gone«. ³ Schließlich sei noch Leo Strauss zitiert, der 1959 in seinem berühmten Essay *What is Political Philosophy?* schrieb: »We hardly exaggerate when we say that today political philosophy does not exist anymore, except as matter for burial, i. e. for historical research, or else as a theme of weak and unconvincing protestations«. ⁴

¹ Peter Laslett, Introduction, in: ders. (Hrsg.), *Philosophy, Politics and Society*, First Series, Oxford 1956, vii.

² R. Dahl (Hrsg.), *Readings in Modern Political Analysis*, Englewood Cliffs 1968, S. 3.

³ J. Shklar, *After Utopia. The Decline of Political Faith*, Princeton 1957, vii.

⁴ Leo Strauss, *What is Political Philosophy? And Other Studies*, Glencoe, Ill. 1959, S. 17.

Was hat zum Ableben der politischen Philosophie geführt? Wann hat ihr Niedergang begonnen? Die Philosophie ist auf dem Marktplatz geboren. Von den Meinungen der Menschen über sich und ihre Angelegenheiten hat sie ihren Ausgang genommen, um nach dem Aufstieg zu den Prinzipien und obersten Gründen mit dem dort gewonnenen Wahrheitswissen wieder zu ihnen zurückzukehren. Seit Sokrates, Platon und die Sophisten sich über das Wesen der Tugenden und über die richtige Art zu leben und zusammenzuleben gestritten haben, gehört die soziale und politische Welt der Menschen zu den vornehmsten Gegenständen der Philosophie, hat sich die Philosophie als herausragendes Reflexionsmedium der kulturellen Selbstverständigung der Menschen bewährt und die normativen Orientierungsdiskurse der Gesellschaft in ihre feinere und genauere Begrifflichkeit gekleidet. Viele Jahrhunderte lang hat sie voller Vertrauen in ihre logische Begründungskraft und argumentative Überzeugungsfähigkeit den Menschen die normativen Grundsätze für die richtige Gestaltung ihrer politischen Lebensverhältnisse erläutert. Auch wenn sich ihre Begründungskonzepte und Rechtfertigungsstandards mit dem Wechsel der Zeiten änderten, da auch philosophische Denkbedingungen sich dem Wandel der materialen Lebensbedingungen nicht entziehen können, blieb ihre normative Kompetenz unbestritten. Die Gesellschaft vertraute der philosophischen Arbeit des Begriffs.

Diese praktisch-politische Tradition der Philosophie, die in den großen Entwürfen der Rechts- und Staatsphilosophie des 17. und 18. Jahrhunderts ihre machtvollste Ausprägung erlebte, brach jedoch mit dem Einsetzen des 19. Jahrhunderts ab. Eine Zeit begann, in der sich die Philosophie immer mehr der politischen Welt entfremdete. Der vernunftrechtliche Kantianismus vermochte sich gegen den immer mächtiger werdenden Rechtspositivismus nicht zu behaupten. Und seine philosophische Gegenspielerin, die spekulative Hermeneutik Hegels, löste sich in Philosophiegeschichte und geisteswissenschaftliche Selbstverständigung auf. Ein sich immer schärfer artikulierendes wissenschaftstheoretisch motiviertes Mißtrauen gegenüber spekulativen Begründungskonstruktionen und apriorischen Verbindlichkeitsansprüchen entmutigte alle Grundlegungsbemühungen in der praktischen Philosophie. Das allgemein wissenschaftsorientierte Methodenverständnis, das den Gang der Philosophie in der Neuzeit ja maßgeblich bestimmt und revolutionäre Großtaten auch auf dem Gebiet der praktischen Philosophie ermöglicht hatte, entpuppte sich in den Zeiten wachsender szientistischer Selbstsicherheit als zunehmend philosophiefreudlich. Das gesamte Erkenntnisprogramm der normativen praktischen Philosophie fiel der Einengung des philosophischen Reflexionspensums auf die begriffliche Klärung der Grundlagen naturwissenschaftlicher Gegenstandserkenntnis zum Opfer. Die Rationalisierung und Optimierung menschlicher Lebensverhältnisse, die die frühe neuzeitliche Philosophie gerade durch Aufnahme modernen wissenschaftlichen Denkens erreichen wollte, glaubte die emanzipierte, sich aus aller methodologischen und teleologischen Bevormundung lösende Wissenschaft jetzt ohne jeden philosophischen

Beistand gewährleisten zu können. Das große Erbe von Hobbes und Locke, Rousseau, Kant und Hegel verstaubte.

1.1 Logischer Positivismus

Im Reich des Geistes wurde die Diktatur des empiristischen Sinnkriteriums errichtet, und alle Oppositionellen wurden der Unverständlichkeit angeklagt und metaphysischer Umtriebe verdächtigt. Die Marginalisierung der politischen Philosophie durch die großen Ernüchterungsideologien des Historismus und Relativismus wurde unter der Herrschaft des Logischen Empirismus noch verstärkt. Der Logische Empirismus setzte sich an die Spitze des metaphysikfeindlichen Ikonoklasmus. In seinem blinden Eifer raubte er der praktischen Philosophie und damit auch aller politischen Philosophie nicht nur jeden Lebensraum in der Gegenwart, er diskreditierte auch ihre Traditionsbestände und nahm dem politischen Denken alle Erinnerung. In ihm und seinem revolutionär-scientistischen Radikalismus sehen viele denn auch den wahren Schuldigen am Tod der politischen Philosophie. »The Logical Positivists did it ... It was Russell and Wittgenstein, Ayer and Ryle who convinced the philosophers, that they must withdraw unto themselves for a time, and re-examine their logical and linguistic apparatus. And the result of this re-examination has been radical indeed. It called into question the logical status of all ethical statements, and set up rigorous criteria of intelligibility which at one time threatened to reduce the traditional ethical systems to assemblages of nonsense. Since political philosophy is, or was, an extension of ethics, the question has been raised whether political philosophy is possible at all«⁵. Im Schatten des analytischen Paradigmas können sich keine Diskurse praktisch-politischer Rationalität entfalten. Der bornierte Wahrheitsbegriff des Positivismus erklärt alle normativ-praktischen Sätze zu sprachlichen Vehikeln von kontingent-subjektiven Einstellungen, von Gestimmtheiten und Vorlieben, und zerstört damit das Fundament für jede vernünftige Behandlung der traditionellen legitimationstheoretischen Fragestellungen der politischen Philosophie.

Wo praktische Wahrheit für eine Illusion erklärt wird, können keine Begründungsargumente entwickelt werden, kann nicht mehr sinnvoll nach den Prinzipien der Gerechtigkeit, nach den normativen Grundlagen von staatlicher Autorität und bürgerlicher Gehorsamsverpflichtung gefragt werden. Die Grenzen rationaler menschlicher Verständigung konvergieren für den Logischen Empiristen mit den Grenzen weltabbildender und sprachanalytischer Diskurse. Daher kann auch das Nachdenken über praktische Angelegenheiten nur insoweit als sinnvoll gelten wie es sich auf empirisch überprüfbare Kausalbeziehungen einerseits und präferenzbezogene Maximierungseffekte andererseits erstreckt: Der metaethische

⁵ Peter Laslett, Introduction, in: ders. (Hrsg.), *Philosophy, Politics and Society*, First Series, Oxford 1956, ix.

Non-Kognitivismus läßt das reichhaltige Begründungsrepertoire praktischer Vernunft auf die Klasse empirisch-technischer Gründe zusammenschrumpfen und räumt konsequenterweise den Prädikaten der Effizienz und der Nützlichkeit im praktischen Denken kategoriale Dominanz ein.

1.2 ›Ordinary language approach‹ und politische Philosophie

Auch die Oxforder Philosophie der Alltagssprache, die nach dem Zweiten Weltkrieg das philosophische Denken eroberte, war einer Regeneration der normativen politischen Philosophie nicht förderlich. Sie setzte die methodologische Diskreditierung der politischen Philosophie fort, operierte nur mit einem anderen Methodenargument, um der politischen Philosophie Theoriefähigkeit abzuspochen. Zwar brach sie mit den reduktionistischen Dogmen des Logischen Empirismus, aber auf der Grundlage ihres tautologischen, den Horizont faktischer Sprachverwendung nicht überschreitenden Erkenntniskonzepts ließ sich eine Wiederbelebung des traditionellen normativen Begründungsprojekts in der praktisch-politischen Philosophie auch nicht durchführen. Nicht, daß die politische Sprache des Alltags, die Sprache der Politiker und ihr Hang zu Plastikwörtern oder auch die Begrifflichkeit der Politologie, insbesondere ihrer unter den methodologischen Einfluß der hochterminologisierten Nachbarwissenschaften der Soziologie und Ökonomie geratenen Varianten, nicht der analytischen Durchdringung und logischen Kontrolle bedürften, nichts auch gegen eine sich auf eben diese Untersuchung der verschiedenen Sprachfelder des Politischen konzentrierende logisch-deskriptive Theorie. Aber diese sprachanalytische Form politischer Philosophie, dieser »Weldonism«⁶, hat nichts mit der praktischen Kompetenz zu tun, die sich die traditionelle politische Philosophie ehemals zugetraut hat, denn es ist eines, den faktischen Gebrauch von normativen, evaluativen und legitimatorischen Prädikaten im politischen Diskurs der Praxis und Wissenschaft zu untersuchen, etwas ganz anderes jedoch, die Kriterien für die angemessene Verwendung dieser normativen, evaluativen und legitimatorischen Prädikate zu definieren und zu begründen.

Diese Geschichte vom Tod der politischen Theorie durch Logischen Empirismus und analytische Sprachphilosophie ist jedoch nicht die ganze Wahrheit. Vielleicht ist sie nur eine Legende, die sich um die Wirklichkeit nicht kümmert, denn gerade das spannungsvolle Verhältnis zwischen politischer Wirklichkeit und politischer Theorie wird bei dieser These von der wissenschaftslogischen Erniedrigung der politischen Theorie ganz außer Acht gelassen. Vielleicht waren die politischen Verhältnisse für den Tod der politischen Theorie verantwortlich, viel-

⁶ Peter Laslett/W.G. Runciman, Introduction, in: dies. (Hrsg.), *Philosophy, Politics and Society*. Second Series, Oxford 1972, vii. Zum »Weldonism« vgl. T.D. Weldon, *The Vocabulary of Politics*, Harmondsworth 1956; siehe auch M. Macdonald, *The Language of Political Theory*, in: A. Flew (Hrsg.), *Logic and Language*. First Series, Oxford 1951.

leicht haben die Positivisten nur Totengräberdienste geleistet, einen Leichnam, wie es sich gehört, unter die Erde gebracht. Vielleicht ist die politische Theorie an Unterforderung gestorben: Als sie erkannt hatte, daß sie nicht mehr gebraucht wurde, ist sie verendet. Für diese Vermutung spricht folgende Überlegung: Politische Theorie ist keine gesellschaftlich voraussetzungslose und gesellschaftlich folgenlose Spekulation, politische Theorie entsteht und existiert, wenn in der politischen Wirklichkeit ein Bedürfnis nach politischer Theorie entsteht und existiert. Und politische Theorie verschwindet, wenn in der politischen Wirklichkeit das Bedürfnis nach politischer Theorie verschwindet. Ein Bedürfnis nach politischer Theorie aber entsteht, wenn die politische Wirklichkeit spannungsvoll und unruhig ist, wenn sich keine kulturelle Selbstgewißheit einstellen kann, Verschleiß- und Übergangsphänomene auftauchen, wenn konkurrierende Vergangenheitsdarstellungen, Gegenwartsdiagnosen und Zukunftsprojekte die Gesellschaft in einen zweifelbesetzten Zustand, in einen Zustand nervöser Reflexivität versetzen. Wenn eine Gesellschaft hingegen sich im Zustand kultureller Selbstgewißheit befindet, wenn alle Theorieprojekte eingelöst sind und das Sein das Sollen eingeholt hat, dann gibt es kein Bedürfnis nach politischer Theorie. Die Zeiten des Glücks sind leere Blätter auch im Buch der Theoriegeschichte.

1.3 ›End of Ideology‹

1960 hat der amerikanische Soziologe Daniel Bell ein Buch veröffentlicht mit dem Titel *The End of Ideology. On the Exhaustion of Political Ideas in the Fifties*. In diesem Buch, das seinerzeit eine große Diskussion auslöste, eben die sogenannte ›End-of-Ideology-Debate‹, wird die Auffassung vertreten, daß die zeitgenössische politische Wirklichkeit in einen stabilen und umfassenden politischen Konsens eingebettet sei, daß alle Ideale in einem hinreichend zufriedenstellenden Maß institutionelle Realität gewonnen hätten. Das politische System der westlichen Industriegesellschaften werde bejaht, seine ideellen Grundlagen seien unstrittig, großformatige philosophische Besiegelungen des Selbstverständlichen völlig unnötig; jetzt könne man im Windschatten dieses Konsenses zur erforderlichen politischen Kleinarbeit übergehen, zum alltäglichen Stückwerk der Reparaturen und Verschönerungen. Grundsätzliches interessiere jetzt niemanden mehr; jede Nachfrage nach politischer Theorie, nach großformatiger Orientierung und prinzipieller Grundlegung sei erloschen; die allgemein anerkannten und global nachgefragten Prinzipien des menschenrechtlichen Egalitarismus seien ohne Alternative und emanzipationspolitisch und anerkennungsethisch unüberbietbar; und die sie institutionalisierenden Ordnungsformen des Marktes, des Rechts- und Sozialstaates und der Demokratie normativ unrevidierbar und lediglich der Forderung nach interner Optimierung ausgesetzt.

Eine gute Darstellung dieser These hat P. H. Partridge gegeben. In seinem Essay *Politics, Philosophy, Ideology* aus dem Jahre 1961 heißt es: »There now

prevails in England and in the United States and in several other Western-type democracies a quite unusual degree of political relaxation and consensus. ... it obviously embraces the fundamental constitution of the liberal-democratic order. There is no significant social or intellectual movement which calls into question the broad structure of rights and powers understood to constitute or define a democratic polity. There are no new classes struggling to win a share in political power, none struggling for an enlargement of power in ways that would entail substantial modification of political foundations. In Western Europe since, let us say, the beginning of the seventeenth century, it is not often that this could be said. One could point, of course, to important contemporary controversies about rights or liberties (e.g. controversies about limitations upon the freedom of action of trade unions), but such controversies tend less and less to raise issues of great generality, and generality has normally been taken to be the work of philosophical issues in politics ... the consensus appears to include more than the general system of powers and rights and the legally established institutions which give effect to them. It seems to embrace also objectives and justifications of policy. Is there not an all but universal acceptance of the belief that continuous technological and economic innovation, uninterrupted expansion of economic resources, a continuously rising standard of ›material welfare‹, are the main purposes of social life and political action, and also the main criteria for judging the success and validity of social order? No doubt, there is in any of the societies I have referred to some public questioning and criticism of these objectives and criteria; nevertheless, these are the objectives and criteria which define the course of contemporary politics. They are the ›built-in‹ criteria which render irrelevant and impotent any alternative social philosophy«. ⁷ Patridge hat daher eine andere Vermutung über die Ursachen des Todes der politischen Theorie: »If classical political theory has died, perhaps it has been killed by the triumph of democracy«. ⁸

Diese These von dem krisenbedingten Ursprung politischer Theorie erlaubt natürlich auch den Gegenschluß: Wenn sich wieder politische Theorie in nennenswertem Maße etabliert, muß die gesellschaftliche Konsensidylle verschwunden und der Vorrat an stabilisierenden ideologischen Gemeinsamkeiten und Selbstverständlichkeiten aufgebraucht sein. Ungewißheit, Verbindlichkeitszweifel und Orientierungslosigkeit haben sich wieder im politischen Bewußtsein eingenistet, und die Entspannung ist wachsender gesellschaftlicher Gereiztheit und nervöser Reflexivität gewichen. Zumindest aber werden die politischen Lebensverhältnisse von Problemen belagert sein, die Streit entfesseln und sich daher der routinierten technischen Handhabung entziehen, deren diagnostische Erfassung bereits tiefreichende Selbstverständigungsauswirkungen hat und deren Lösungswege folglich heftig umstritten sind. Derartige kathartische, die Gesellschaft in schmerzvolle

⁷ In: A. Quinton (Hrsg.), *Political Philosophy*, Oxford 1967, S. 37–39.

⁸ Ebd., S. 38.